

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11798 –**

Treffen von Militärangehörigen aus Deutschland und anderen Staaten mit Vertretern der bewaffneten syrischen Opposition in Riyadh zu deren Neustrukturierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut eines Zeitungsberichts der libanesischen Tageszeitung „Al-Safir“ vom 17. November 2012 trafen sich in der ersten Hälfte des Novembers 2012, zeitgleich mit der Konferenz in Doha, Vertreter von Militärangehörigen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den USA, Jordanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, der Türkei und Saudi Arabien mit Vertretern der bewaffneten syrischen Opposition, insbesondere von der Freien Syrischen Armee, in Riyadh, um die Neustrukturierung der syrischen bewaffneten Opposition zu besprechen.

Die Gesprächsthemen sollen die Möglichkeiten einer Vereinigung der unterschiedlichen bewaffneten Brigaden unter der Führung einer neuen nationalen Koalition, die Schaffung eines Militärrats und eines Nationalen Sicherheitsrats gewesen sein. Nach Aussage eines im Text zitierten französischen Diplomaten sei eines der Ziele, dass mindestens zwei Drittel oder mehr der Kämpfer in Syrien unter dieselbe Kommandostruktur gestellt werden sollen, um in Städten und Ortschaften koordinierter und konzentrierter vorzugehen. Außerdem soll aus dem Kreis der bewaffneten Opposition ein Gesetzgebungskomitee gebildet werden, welches eine neue Verfassung für Syrien ausarbeiten, Gesetze und Dekrete verabschieden und eine Übergangsregierung für die von der Koalition eroberten Gebiete bilden soll.

1. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass ein solches Treffen stattgefunden hat?

Der Bundesregierung liegen keine unabhängigen und belastbaren Erkenntnisse zu dem im Zeitungsbericht erwähnten Treffen in Riad vor.

2. Haben Vertreter der Bundesregierung und/oder deutsche Militärangehörige bzw. deutsche Geheimdienstmitarbeiter daran teilgenommen?

An dem im Zeitungsbericht erwähnten Treffen in Riad hat kein Vertreter der Bundesregierung oder deutscher Militärangehörige bzw. deutscher Geheimdienstmitarbeiter teilgenommen.

3. Wenn ja, wie viele, und in welcher Funktion?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

4. Welchen Beitrag hat Deutschland zur Entstehung und zum Verlauf des Treffens geleistet?

Die Bundesregierung hat keinen Beitrag zur Entstehung und zum Verlauf des im Zeitungsbericht erwähnten Treffens in Riad geleistet.

5. Wurden gegenüber den Vertretern der syrischen bewaffneten Opposition Zusagen über Waffenlieferung und Ausstattung von Seiten Deutschlands gemacht?

Es wurden keine Zusagen vonseiten der Bundesregierung gemacht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

6. Wurden Zusagen über andere Formen der Unterstützung für die bewaffnete syrische Opposition gemacht?

Es wurden keine Zusagen über andere Formen der Unterstützung für die bewaffnete syrische Opposition gemacht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

7. Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Zusagen über Waffenlieferung und Ausstattung durch andere EU-Partner, insbesondere Frankreich, vorgenommen?

Der Bundesregierung liegen keine unabhängigen und belastbaren Erkenntnisse zu solchen Zusagen vor.

8. Hat der französische Außenminister Laurent Fabius nach Kenntnis der Bundesregierung bereits angeregt, das EU-Waffenembargo für Syrien zu lockern?

Frankreich hat sich im EU-Kreis bei der letzten turnusgemäßen Verlängerung der Syrien-Sanktionen Ende November 2012 für eine Beschränkung der Verlängerung auf drei Monate eingesetzt, um die Möglichkeit zu schaffen, die Sanktionsbestimmungen einschließlich des Waffenembargos im Februar 2013 neu zu beurteilen. Gleichzeitig hat der französische Außenminister Laurent Fabius wiederholt öffentlich erklärt, so zuletzt am 9. Dezember 2012 in einem Radiointerview, dass derzeit ein europäisches Waffenembargo gelte, an das Frankreich sich halten werde.

9. Wurde die Erstellung einer neuen syrischen Verfassung verabredet?

Es liegen keine unabhängigen und belastbaren Erkenntnisse vor, ob bei dem Treffen in Riad die Erstellung einer neuen syrischen Verfassung verabredet wurde.

10. Hält die Bundesregierung eine Verfassung, Gesetze und Dekrete, die ausschließlich von der bewaffnet kämpfenden Oppositionsbewegung ausgehen und die zivile Oppositionsbewegung sowie die Gesamtbevölkerung ausgrenzen, für demokratisch legitimiert?

Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass eine Verfassung, Gesetze und Dekrete im Zuge eines demokratischen Prozesses beschlossen werden müssen, um demokratisch legitimiert zu sein.

11. Stimmt die Aussage im Zeitungsartikel, dass bereits die Bildung einer Übergangsregierung unter Riyad Hijab betrieben wird?

Wurde bereits festgelegt, die Größe der Regierung von zehn auf 15 Mitglieder zu erweitern?

Die syrische Opposition ist bemüht, eine Übergangsregierung zu bilden. Der ehemalige Premierminister Riyad Hijab spielt bei diesem Prozess eine wichtige Rolle. Es liegen jedoch weder belastbare Hinweise vor, wann eine solche Regierung gebildet werden soll noch darüber, ob es bereits Festlegungen zu der Größe der Regierung gibt, wie in dem genannten Artikel behauptet wird.

12. Wurde eine Weiterführung von Treffen in einer solchen Konstellation verabredet?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine unabhängigen und belastbaren Erkenntnisse vor.

13. Haben an einem weiteren Treffen, das nach Angaben des Strategic Research and Communication Centers (London, Osama Monajed, SNR) in Kairo stattgefunden haben soll, Vertreter Deutschlands teilgenommen?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen zu einem solchen Treffen vor, das in Kairo stattgefunden haben soll.

